

**Latenter Groll**

**Die Bevölkerung vermisst den Respekt vor Leistung**

Eine Dokumentation des Beitrags

von Prof. Dr. Renate Köcher

in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Nr. 21 vom 25. Januar 2024

## INHALT

Tabellenübersicht

Originalmanuskript

Untersuchungsdaten

Anhangtabellen

Schaubilder

Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen  
Zeitung Nr. 21 vom 25. Januar 2024, S. 8,  
unter dem Titel:

"Die demotivierte Gesellschaft. Eine Mehrheit glaubt,  
hohe Sozialleistungen schaden der  
Leistungsbereitschaft."

## TABELLENÜBERSICHT

Tabelle	A	1	Positivere Bilanz der Arbeitsbedingungen im Vergleich zu Frankreich und Italien
	A	2	Sinkende Leistungsbereitschaft: schichtspezifische Einschätzung
	A	3	Leistung lohnt sich nicht: Wer dieser Auffassung ist, hält den Abstand zwischen Erwerbseinkommen und staatlicher Unterstützung noch häufiger für zu gering
	A	4	Einfluss des Bürgergeldes auf die Bemühungen um Arbeit
	A	5	Demotivierung durch das Bürgergeld?
	A	6	Übernahme von Kosten, die Bürgergeld-Empfänger haben, ist vielen bekannt
	A	7	Auskömmliches Bürgergeld
	A	8	Sind Bürgergeld-Empfänger besser gestellt als vergleichbare Familien mit eigenem Einkommen?
	A	9	Gründe für den Arbeitskräftemangel in Deutschland
	A	10	Staatliche Unterstützung für Ukraine-Flüchtlinge
	B	1	Zweitstimmen-Wahlabsicht (Sonntagsfrage)
Schaubild		1	Diagnose der Mehrheit: sinkende Leistungsbereitschaft
		2	Wer viel arbeitet, ist der Dumme
		3	Zu geringer Abstand zwischen Erwerbseinkommen und staatlicher Unterstützung
		4	Mehrheitsmeinung: Wenn Arbeitnehmer mit geringen Einkommen arbeiten, sind sie die Dummen
		5	Demotivierendes Bürgergeld
		6	Gründe für den geringen Anteil erwerbstätiger Ukrainer

**Originalmanuskript**

Prof. Dr. Renate Köcher

Institut für Demoskopie Allensbach

## **Latenter Groll**

### **Die Bevölkerung vermisst den Respekt vor der Leistung**

Deutschland gehört im internationalen Vergleich zu den Ländern mit den kürzesten Jahresarbeitszeiten, auch durch eine überdurchschnittliche Teilzeitquote und viele Feiertage. Gleichzeitig werden die Arbeitsbedingungen von der großen Mehrheit als Stärke des Landes bewertet wie auch die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Arbeitnehmer in Deutschland ziehen hier eine wesentlich positivere Bilanz als Arbeitnehmer in europäischen Nachbarstaaten wie Frankreich oder Italien, und ihre Bilanz der Arbeitsbedingungen hat sich auch über die letzten 10 Jahre hinweg kontinuierlich verbessert. Dazu kommt die Zuspitzung des Arbeitskräftemangels, die nicht nur die Sorgen um die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes auf ein historisches Tief gedrückt hat, sondern auch Arbeitssuchenden oder Arbeitnehmern, die sich verändern wollen, viele Optionen eröffnet.

Tabelle A 1

Und trotz dieses Umfelds wachsen die Unzufriedenheit und der Eindruck, dass die Leistungsmotivation durch all diese Rahmenbedingungen nicht gestärkt, sondern schwächer wird. Während die Bevölkerung die Arbeitsbedingungen und die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern immer mehr als Stärke des Landes empfindet, wächst gleichzeitig der Eindruck, dass die Leistungsmotivation zu den Schwächen des Landes zählt. Die Mehrheit ist überzeugt, dass die Bereitschaft, im Beruf Einsatz zu zeigen, in den letzten Jahren abgenommen hat: 55 Prozent haben diesen Eindruck, lediglich 3 Prozent erleben eine zunehmende Einsatzbereitschaft, jeder Dritte empfindet die Situation als stabil. Überdurchschnittlich beobachten die schwächeren sozialen Schichten in ihrem Umfeld, dass die Einsatzbereitschaft im Beruf zurückgeht.

Schaubild 1

Tabelle A 2

Besonders in den schwächeren sozialen Schichten ist mittlerweile auch die Überzeugung weit verbreitet, dass in Deutschland diejenigen, die sich anstrengen und viel arbeiten, die Dummen sind. In den schwächeren sozialen Schichten vertreten 67 Prozent diese Position, in der breiten Mittelschicht ebenfalls die Mehrheit; nur die höheren Schichten teilen diese Einschätzung mehrheitlich nicht.

Schaubild 2

Dass sich insbesondere die einfachen sozialen Schichten derart kritisch äußern, hat ganz

wesentlich mit dem Vergleich von  
Erwerbseinkommen und staatlicher  
Unterstützung zu tun. Die überwältigende  
Mehrheit der Bevölkerung hält den Abstand für  
zu gering, nur 14 Prozent für groß genug . Von  
denjenigen, die der Überzeugung sind, dass sich  
Leistung in Deutschland nicht lohnt, halten 88  
Prozent den Abstand zwischen einem  
Arbeitseinkommen und der staatlichen  
Unterstützung für zu gering. Entsprechend ist  
die große Mehrheit der Bevölkerung der  
Auffassung, dass Bezieher niedriger  
Einkommen eigentlich irrational handeln, wenn  
sie arbeiten, statt von einem staatlichen  
Unterstützungseinkommen zu leben.

Schaubild 3

Tabelle A 3

Schaubild 4

Vor diesem Hintergrund verfolgt die  
Bevölkerung aufmerksam die Debatten um das  
Bürgergeld. 72 Prozent sind überzeugt, dass  
dessen Höhe einen großen Einfluss darauf hat,  
wie intensiv sich Bürgergeld-Empfänger um  
Arbeit bemühen. Und annähernd drei Viertel  
der Bevölkerung gehen auch davon aus, dass  
das Bürgergeld in seiner derzeitigen Höhe viele  
Empfänger davon abhält, sich eine reguläre  
Arbeit zu suchen. Lediglich 13 Prozent halten  
das für unwahrscheinlich; sie rekrutieren sich  
überdurchschnittlich aus den Anhängern der  
Linken und der Grünen. Von den SPD-  
Anhängern halten 62 Prozent die Höhe des  
Bürgergeldes für ein Beschäftigungshindernis,  
von den Anhängern der Unionsparteien 80  
Prozent.

Tabelle A 4

Schaubild 5

Tabelle A 5

Die überwältigende Mehrheit weiß, dass die staatliche Unterstützung mehr umfasst als nur das Bürgergeld, das für sich genommen sicher anders beurteilt würde als das Gesamtpaket der staatlichen Unterstützung. In der öffentlichen Diskussion wird häufig nur die konkrete Höhe des Bürgergeldes genannt; 81 Prozent der Bevölkerung wissen jedoch, dass der Staat für Bürgergeld-Empfänger darüber hinaus die Kosten für Miete und Heizung übernimmt. Dass Bürgergeld- bzw. zuvor Hartz-IV-Empfänger dadurch von steigenden Wohn- und Energiekosten weitaus weniger betroffen waren als Arbeitnehmer, war und ist in der erwerbstätigen Bevölkerung ein viel diskutiertes Thema – wie auch in den Kommunen, die aufgrund der Kostensteigerungen in diesem Bereich erhebliche Mehrbelastungen stemmen mussten.

Tabelle A 6

Nicht als einziger, aber in seiner Sachlichkeit besonders beeindruckend, hat der Landrat von Tübingen für seinen Landkreis in einem Interview die Fakten zusammengetragen. Danach hat eine vierköpfige Familie mit 2 jugendlichen Kindern, in der beide Eltern arbeitslos sind, insgesamt einschließlich der Erstattung der Wohn-, Heiz- und Betriebskosten Anspruch auf 3.200 bis 3.500 Euro im Monat. Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung ist überzeugt, dass eine Familie damit gut auskommen kann, nur 16 Prozent sehen das anders. In den schwächeren sozialen Schichten sind 82 Prozent überzeugt,

Tabelle A 7



dass diese Leistungen ein gutes Auskommen sichern.

Nun wünscht die überwältigende Mehrheit einen leistungsfähigen Sozialstaat, der insbesondere auch die Existenz der Schwächeren absichert und verhindert, dass ein Teil der Bevölkerung materiell abgehängt wird. Dies ist auch zwischen den sozialen Schichten kein Streitpunkt; auch die höheren sozialen Schichten unterstützen das Ziel eines leistungsfähigen Sozialstaates, der dazu beiträgt, die Gesellschaft zusammenzuhalten. Dieser Konsens quer über alle Schichten hinweg ist eine Stärke des Landes und unterscheidet es von vielen Ländern, insbesondere auch den Vereinigten Staaten, wo sich die höheren Schichten nur sehr begrenzt für die Schwächeren mit verantwortlich fühlen.

Wenn die Sozialpolitik jedoch zu einer Annäherung von Unterstützungs- und Erwerbseinkommen führt, verliert sie an Vertrauen und Unterstützung, und zwar besonders in der Mittelschicht und in den schwächeren sozialen Schichten. Das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung hat eine ausgeprägte Leistungskomponente. Die große Mehrheit hält es für richtig und gerecht, dass es einen großen Abstand zwischen Arbeitseinkommen und staatlichen Unterstützungszahlungen gibt. Dies ist bei der derzeitigen Höhe der staatlichen Unterstützungsleistungen nach dem Empfinden

der großen Mehrheit nicht erfüllt. Im diskutierten Fall der vierköpfigen Familie, die auf staatliche Unterstützung angewiesen ist, ziehen selbst im Vergleich zu einer Familie, in denen beide Eltern durchschnittliche Einkommen beziehen, nur 20 Prozent die Bilanz, dass die Arbeitnehmerfamilie finanziell bessergestellt ist; 30 Prozent sehen die Familie, die von staatlicher Unterstützung lebt, im Vorteil, weitere 38 Prozent keine nennenswerten Unterschiede.

Tabelle A 8

Noch kritischer fällt das Urteil aus, wenn zum Vergleich keine Familie mit durchschnittlichen, sondern mit niedrigen Einkommen herangezogen wird. In dem Fall gehen 45 Prozent der Bevölkerung davon aus, dass die staatliche Unterstützung einen höheren Lebensstandard ermöglicht, nur 12 Prozent glauben, dass sich Erwerbstätigkeit auch in diesem Fall lohnt. Die schwächeren sozialen Schichten sind bei diesem Vergleich mehrheitlich überzeugt, dass es materiell lohnender ist, auf die staatliche Unterstützung zu rekurrieren. Dies führt zu dem latenten Groll in weiten Teilen der erwerbstätigen Bevölkerung, die weiß, dass sie den Sozialstaat finanziert, aber den Respekt vor dieser Leistung vermisst.

Tabelle A 8

In der öffentlichen Diskussion wird als einfacher Ausweg gelegentlich eine deutliche Anhebung der Löhne und Gehälter empfohlen. So gerechtfertigt solche Debatten in Bezug auf

einzelne Berufsgruppen sind, so sehr gehen sie als pauschale Forderung an den Spielräumen vieler Branchen und insbesondere der kleinen Selbständigen und Unternehmen vorbei. In letzter Zeit haben einige eindrucksvolle Tarifabschlüsse Furore gemacht, die fast durchgängig den staatlichen Bereich und einzelne Industriezweige betrafen – also zum einen Bereiche, deren Überleben in jedem Fall sicher ist, zum anderen Branchen, die durch Rationalisierung und teilweise auch Verlagerungen ins Ausland Anpassungsspielräume haben. Für den größten Teil der kleinen Selbständigen und mittleren Unternehmen gilt das nicht. Die öffentlich ausgetragenen Tarifikämpfe erwecken den Eindruck, dass die Inflation problemlos durch Lohnerhöhungen und Kompensationszahlungen ausgeglichen werden kann. Tatsächlich zeigen Umfragen unter Erwerbstätigen jedoch, dass nur eine Minderheit im vergangenen Jahr Gehaltserhöhungen von über 5 Prozent erhalten hat; in knapp der Hälfte der Fälle hat sich das Einkommen überhaupt nicht verändert. Es wird noch viel zu wenig zur Kenntnis genommen, wie zurzeit bei vielen kleinen Selbständigen, im stationären Handel, in der Gastronomie und durchaus auch in einigen Industriesparten die Probleme kulminieren – durch die hohen Kosten für Energie und Grundstoffe, in der Gastronomie durch die Lebensmittelpreise, teilweise steigende Personalkosten und den sich verschärfenden Personalmangel.

Die große Mehrheit der Bevölkerung zieht die Bilanz, dass die Politik eine wesentliche Mitschuld an dem sich zuspitzenden Arbeitskräftemangel trägt. 66 Prozent sind überzeugt, dass eine Ursache des Arbeitskräftemangels in der Höhe der staatlichen Unterstützungsleistungen zu suchen ist, die es für viele unattraktiv macht, eine Stelle anzunehmen. Dies ist für die große Mehrheit auch die Erklärung, warum in Deutschland ein wesentlich geringerer Anteil der Ukraine-Flüchtlinge arbeitet als in anderen europäischen Ländern. Nur jeder Dritte sieht die Ursache in einer grundsätzlich mangelnden Bereitschaft der Flüchtlinge, sich eine Arbeit zu suchen, dagegen 64 Prozent in der Höhe der staatlichen Unterstützungsleistungen, 52 Prozent darüber hinaus auch in bürokratischen Hürden, die kontraproduktiv wirken. Während die höheren sozialen Schichten vor allem bürokratische Hürden und die Nichtanerkennung von Berufsabschlüssen verantwortlich machen, sind die Angehörigen der Mittelschicht und der schwächeren sozialen Schichten überzeugt, dass primär die Höhe der staatlichen Unterstützung ukrainische Flüchtlinge vom Arbeitsmarkt fernhält. Auch die ostdeutsche Bevölkerung sieht dies mit Abstand als den wichtigsten Grund an.

Tabelle A 9

Schaubild 6

Tabelle A 10

Die derzeitige Schwäche der SPD hat auch damit zu tun, dass ihre klassische Klientel, die Arbeitnehmer aus der Mittelschicht und den schwächeren sozialen Schichten, sich mit ihrer

Leistung unzureichend respektiert fühlen. Potentielle SPD-Wähler haben den Eindruck, dass sich die SPD eher für die Empfänger staatlicher Leistungen einsetzt als für Arbeitnehmer. Umgekehrt profitiert die AfD unter anderem von dem weit verbreiteten Gefühl, dass der Staat Arbeitsleistung nicht hinreichend respektiert und den Abstand zwischen Erwerbs- und Unterstützungseinkommen nicht ausreichend wahrt.

Die Überzeugung der großen Mehrheit, dass die Höhe der staatlichen Unterstützungsleistungen demotiviert, korreliert eng mit der Einschätzung, dass viele keine Lust mehr haben zu arbeiten. Dies halten 56 Prozent der gesamten erwachsenen Bevölkerung für eine Ursache des Arbeitskräftemangels. Gleichzeitig ist die große Mehrheit jedoch überzeugt, dass in Deutschland mehr und härter gearbeitet werden muss, wenn der erreichte Wohlstand und die Wirtschaftskraft des Landes nicht aufs Spiel gesetzt werden sollen.

Tabelle A 9

## UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis:	Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1006
Befragungszeitraum:	5.01. bis 18.01.2024
Methode:	Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	Mündlich-persönliche Interviews (face-to-face)

## **Anhangtabellen**

Positivere Bilanz der Arbeitsbedingungen im Vergleich zu Frankreich und Italien

Tabelle A 1  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Jedes Land hat ja seine Stärken und Schwächen. Wenn Sie bitte einmal diese Karten hier durchsehen: Was davon ist Ihrer Meinung nach in Deutschland/Frankreich/Italien gut, was ist also eher eine Stärke Deutschlands/ Frankreichs/Italiens, und was ist in Deutschland/ Frankreich/Italien Ihrer Meinung nach nicht so gut, was ist eher eine Schwäche?"

**Stärken sind:**  
(Auszug)

	Bevölkerung insgesamt								
	Deutschland			Frankreich			Italien		
	2015 %	2017 %	2023 %	2015 %	2017 %	2023 %	2017 %	2023 %	
Die Arbeitsbedingungen für Arbeitnehmer.....	58	56	69	50	44	40	31	32	
Die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.....	47	50	56	38	33	40	35	36	

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 7226, 7258, 9234



Sinkende Leistungsbereitschaft: schichtspezifische Einschätzung

Tabelle A 2  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wie ist Ihr Eindruck: Hat die Bereitschaft der Menschen, im Beruf großen Einsatz zu zeigen, in den letzten Jahren eher zugenommen, oder hat die Bereitschaft eher abgenommen, oder hat sich da in den letzten Jahren nicht viel verändert?"

	Bevölkerung insgesamt	Sozioökonomischer Status		
	%	niedrig %	mittel %	hoch %
Zugenommen .....	3	3	4	3
Abgenommen .....	55	62	54	52
Nicht viel verändert .....	32	24	34	34
Unentschieden .....	<u>10</u>	<u>11</u>	<u>8</u>	<u>11</u>
	100	100	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12081, Januar 2024

Tabelle A 3  
 Bundesrepublik Deutschland  
 Bevölkerung ab 16 Jahre

Leistung lohnt sich nicht: Wer dieser Auffassung ist, hält den Abstand zwischen Erwerbseinkommen und staatlicher Unterstützung noch häufiger für zu gering

FRAGE: "Glauben Sie, dass der Unterschied zwischen einem Arbeitseinkommen und der Höhe der staatlichen Unterstützung groß genug ist, damit man auch den Anreiz hat zu arbeiten, oder ist der Unterschied nicht groß genug?"

	Bevölkerung insgesamt	Leistung -	
		lohnt sich	lohnt sich nicht
	%	%	%
Unterschied ist groß genug .....	14	19.....	7
Ist nicht groß genug .....	70	59.....	88
Unentschieden, weiss nicht.....	<u>16</u>	<u>22</u> .....	<u>5</u>
	100	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12081, Januar 2024

Einfluss des Bürgergeldes auf die Bemühungen  
um Arbeit

Tabelle A 4  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Glauben Sie, dass die Höhe des Bürgergeldes einen großen Einfluss darauf hat, wie intensiv sich Bürgergeld-Empfänger um Arbeit bemühen, oder hat die Höhe des Bürgergeldes darauf keinen großen Einfluss?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Großen Einfluss .....	72
Keinen großen Einfluss .....	16
Unentschieden .....	$\frac{12}{100}$

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12081, Januar 2024

Demotivierung durch das Bürgergeld?

Tabelle A 5  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Glauben Sie, dass die derzeitige Höhe des Bürgergeldes dazu führt, dass viele Bürgergeld-Empfänger nicht arbeiten gehen, obwohl sie arbeiten könnten, oder glauben Sie das nicht?"

	Bevölkerung insgesamt	Anhänger der –					
		CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ Grüne	Die Linke	AfD
	%	%	%	%	%	%	%
Glaube das.....	72	80	62	74	48	61	93
Glaube das nicht .....	13	7	21	11	24	33	3
Unentschieden .....	$\frac{15}{100}$	$\frac{13}{100}$	$\frac{17}{100}$	$\frac{15}{100}$	$\frac{28}{100}$	$\frac{6}{100}$	$\frac{4}{100}$

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12081, Januar 2024

Übernahme von weiteren Kosten, die Bürgergeld-Empfängern haben, ist den meisten bekannt

Tabelle A 6  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Für die Empfänger von Bürgergeld übernimmt der Staat zusätzlich die Miete sowie die Kosten für Strom und Heizung. Wussten Sie das, oder wussten sie das nicht?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Wusste das .....	81
Wusste das nicht.....	17
Unentschieden .....	$\frac{2}{100}$

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12081, Januar 2024

Auskömmliches Bürgergeld

Tabelle A 7  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Eine vierköpfige Familie mit zwei jugendlichen Kindern, in der beide Elternteile arbeitslos sind, hat beispielsweise in Tübingen insgesamt Anspruch auf staatliche Leistungen in Höhe von monatlich ca. 3200 bis 3500 Euro inklusive Miete, Nebenkosten usw. Wie sehen Sie das: Wie gut kann eine vierköpfige Familie mit diesem Geld auskommen? Würden Sie sagen ..."

	Bevölkerung insgesamt	Sozioökonomischer Status		
		niedrig	mittel	hoch
	%	%	%	%
„sehr gut“ .....	36	47	36	28
„gut“ .....	42	35	43	45
„weniger gut“ .....	14	8	14	18
„gar nicht gut“ .....	2	3	2	2
Unentschieden .....	<u>6</u>	<u>7</u>	<u>5</u>	<u>7</u>
	100	100	100	100

82

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12081, Januar 2024

Sind Bürgergeld-Empfänger besser gestellt als vergleichbare Familien mit eigenem Einkommen?

Tabelle A 8  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Was vermuten Sie: Ist diese vierköpfige Familie finanziell besser gestellt als eine Familie, in der beide Elternteile arbeiten gehen und **durchschnittliche** Einkommen beziehen, oder schlechter gestellt, oder gibt es finanziell keine großen Unterschiede?"

	Bevölkerung insgesamt	Sozioökonomischer Status		
		niedrig	mittel	hoch
	%	%	%	%
Besser gestellt.....	30	33.....	33.....	22
Schlechter gestellt.....	20	17.....	18.....	25
Keine großen Unterschiede.....	38	39.....	38.....	38
Unentschieden .....	<u>12</u>	<u>11.....</u>	<u>11.....</u>	<u>15</u>
	100	100	100	100

FRAGE: "Was vermuten Sie: Ist diese vierköpfige Familie finanziell besser gestellt als eine Familie, in der beide Elternteile arbeiten gehen und ein **niedriges** Einkommen beziehen, oder schlechter gestellt, oder gibt es finanziell keine großen Unterschiede?"

	Bevölkerung insgesamt	Sozioökonomischer Status		
		niedrig	mittel	hoch
	%	%	%	%
Besser gestellt.....	45	52.....	44.....	38
Schlechter gestellt.....	12	6.....	12.....	18
Keine großen Unterschiede.....	33	29.....	34.....	34
Unentschieden .....	<u>10</u>	<u>13.....</u>	<u>10.....</u>	<u>10</u>
	100	100	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12081, Januar 2024

Gründe für den Arbeitskräftemangel in  
Deutschland

Tabelle A 9  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "In Deutschland fehlen ja in vielen Bereichen Arbeitskräfte. Was glauben Sie, woran das liegt, was sind da aus Ihrer Sicht die wichtigsten Gründe?"

	Bevölkerung insgesamt %
In vielen Berufen ist die Bezahlung sehr gering .....	70
Zu viele ältere Menschen gehen in den Ruhestand, zu wenig jüngere Arbeitskräfte kommen nach.....	67
<b>Die staatliche Unterstützung ist so hoch, dass es für viele nicht attraktiv ist, sich Arbeit zu suchen.....</b>	<b>66</b>
Zu wenige Jugendliche entscheiden sich für eine Ausbildung oder Lehre.....	66
<b>Viele Menschen haben keine Lust zu arbeiten .....</b>	<b>56</b>
Die bürokratischen Hürden für Arbeitskräfte aus dem Ausland sind sehr hoch.....	51
Viele junge Menschen haben keinen Schulabschluss und keine Berufsausbildung .....	48
Die körperlichen und psychischen Belastungen sind in einigen Berufen sehr hoch .....	46
Es gibt zu wenig Betreuungsmöglichkeiten für Kinder .....	46
Nicht genügend Menschen können oder wollen Vollzeit arbeiten, sondern arbeiten Teilzeit.....	42
Es kommen zu wenige Fachkräfte aus dem Ausland nach Deutschland .....	33
Ältere Menschen bleiben oft nicht bis zum Rentenalter im Beruf .....	33
Wir haben im Vergleich zu anderen Ländern relativ kurze Arbeitszeiten.....	12

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12081, Januar 2024



Staatliche Unterstützung für Ukraine-Flüchtlinge

Tabelle A 10  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "In Deutschland gehen weniger Flüchtlinge aus der Ukraine einer Arbeit nach als in anderen Ländern. Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Gründe dafür: Liegt es an den bürokratischen Hürden in Deutschland, daran, dass hier die ukrainischen Bildungsabschlüsse nicht anerkannt werden, sind die staatlichen Unterstützungsleistungen in Deutschland zu hoch, bemühen sich die ukrainischen Flüchtlinge zu wenig um Arbeit, oder woran liegt das sonst?"

	Bevölkerung			Sozioökonomischer Status		
	insg.	West	Ost	niedrig	mittel	hoch
	%	%	%	%	%	%
Staatliche Unterstützungsleistungen zu hoch .....	64	61	76	73	66	50
Bürokratische Hürden .....	52	66	37	38	54	62
Berufsabschlüsse nicht anerkannt .....	42	45	29	27	44	54
Bemühen sich zu wenig .....	31	30	34	32	33	22
Anderes .....	3	3	4	4	3	3
Unentschieden .....	4	4	5	5	4	4

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12081, Januar 2024

<b>Zweitstimmen</b>		Gesamtdeutschland							
		CDU/ CSU %	FDP %	SPD %	Bü.90/ GRÜNE %	DIE LINKE %	AfD %	Freie Wähler %	Sons- tige %
2016:	<b>Jahresdurchschnitt</b>	<b>34,0</b>	<b>7,5</b>	<b>23,0</b>	<b>11,0</b>	<b>9,0</b>	<b>11,0</b>	<b>-</b>	<b>4,5</b>
2017:	<b>Jahresdurchschnitt</b>	<b>36,0</b>	<b>9,0</b>	<b>25,0</b>	<b>8,5</b>	<b>8,5</b>	<b>9,0</b>	<b>-</b>	<b>4,0</b>
2018:	<b>Jahresdurchschnitt</b>	<b>31,5</b>	<b>9,5</b>	<b>19,0</b>	<b>13,0</b>	<b>9,5</b>	<b>13,5</b>	<b>-</b>	<b>4,0</b>
2019:	<b>Jahresdurchschnitt</b>	<b>30,0</b>	<b>7,5</b>	<b>16,0</b>	<b>20,5</b>	<b>8,0</b>	<b>13,0</b>	<b>-</b>	<b>5,0</b>
2020:	<b>Jahresdurchschnitt</b>	<b>35,5</b>	<b>6,5</b>	<b>16,0</b>	<b>20,0</b>	<b>7,5</b>	<b>10,0</b>	<b>-</b>	<b>4,5</b>
2021:	<b>Jahresdurchschnitt</b>	<b>28,5</b>	<b>10,5</b>	<b>20,0</b>	<b>19,0</b>	<b>6,5</b>	<b>10,0</b>	<b>-</b>	<b>5,5</b>
Bundestagswahl 26.09.2021		24,1	11,5	25,7	14,8	4,9	10,3	-	8,7
2022:	1. Halbjahr	26,0	10,0	25,5	17,5	5,0	9,5	-	6,5
	2. Halbjahr	29,5	7,0	20,5	19,5	5,0	13,0	-	5,5
	<b>Jahresdurchschnitt</b>	<b>28,0</b>	<b>8,5</b>	<b>23,0</b>	<b>18,5</b>	<b>5,0</b>	<b>11,0</b>	<b>-</b>	<b>6,0</b>
2023:	5. - 18. Januar	31,0	6,0	21,0	17,0	4,5	14,0	-	6,5
	27. Jan. - 9. Februar	30,0	7,5	22,5	16,0	4,0	14,0	-	6,0
	2. - 15. März	31,0	6,5	21,0	16,0	4,5	15,0	-	6,0
	3. - 18. April	31,0	7,5	20,0	15,0	5,0	16,0	-	5,5
	28. April - 10. Mai	32,0	8,0	18,0	16,0	5,0	15,0	-	6,0
	9. - 22. Juni	31,0	8,0	19,0	15,0	4,0	17,0	-	6,0
	7. - 19. Juli	29,0	7,0	19,0	16,0	4,0	18,0	-	7,0
	4. - 16. August	29,0	7,0	19,0	14,0	5,0	19,0	-	7,0
	12. - 26. August	30,0	8,0	20,0	14,0	4,5	18,0	-	5,5
	4. - 15. September	30,0	7,0	18,0	14,0	5,0	19,0	-	7,0
	6. - 19. Oktober	34,0	5,0	17,0	13,0	3,0	19,0	4,0	5,0
	3. - 16. November	32,0	6,0	17,0	13,5	3,5	19,0	4,0	5,0
	1. - 14. Dezember	34,0	5,0	17,0	15,0	3,5	18,0	3,0	4,5
2024:	5. - 18. Januar	34,0	6,0	15,0	13,5	4,0	19,5	3,0	5,0

Befragt wurden persönlich-mündlich insgesamt 1.018 Personen.

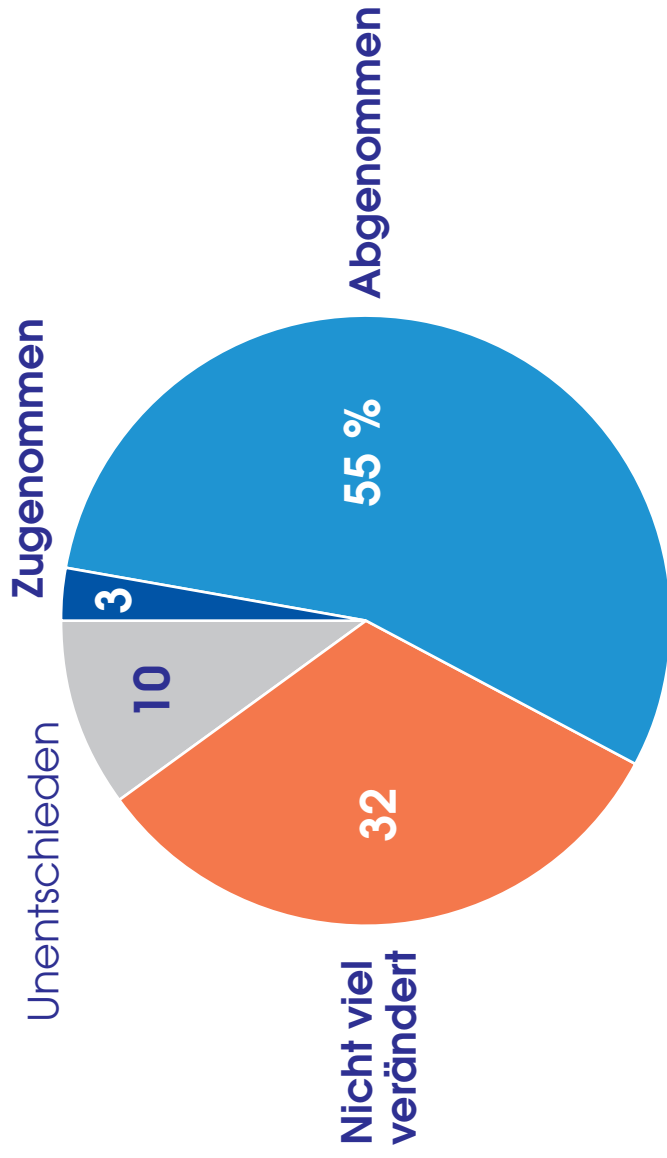
Bei dieser Stichprobengröße beträgt die Fehlerspanne bei einem Anteilswert von 30 Prozent rund +/- 3 Prozentpunkte und bei einem Anteilswert von 10 Prozent rund +/- 2 Prozentpunkte.

QUELLE: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Institut für Demoskopie, zuletzt IfD-Umfrage 12081

## **Schaubilder**

# Diagnose der Mehrheit: sinkende Leistungsbereitschaft

Frage: "Wie ist Ihr Eindruck: Hat die Bereitschaft der Menschen, im Beruf großen Einsatz zu zeigen, in den letzten Jahren eher zugenommen, oder hat die Bereitschaft eher abgenommen, oder hat sich da in den letzten Jahren nicht viel verändert?"



# Wer viel arbeitet, ist der Dumme

"In Deutschland ist allmählich der, der sich anstrengt und viel arbeitet, der Dumme"

## Bevölkerung

Sehe das auch so

insgesamt

53 %

West

50

Ost

65

## Sozioökonomischer Status -

niedrig

67

mittel

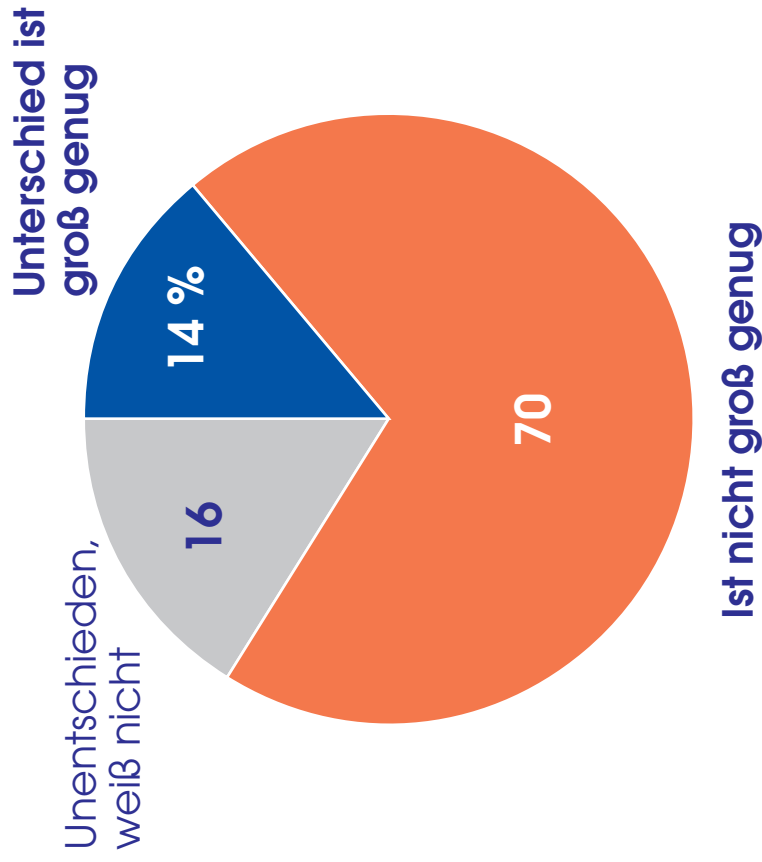
55

hoch

38

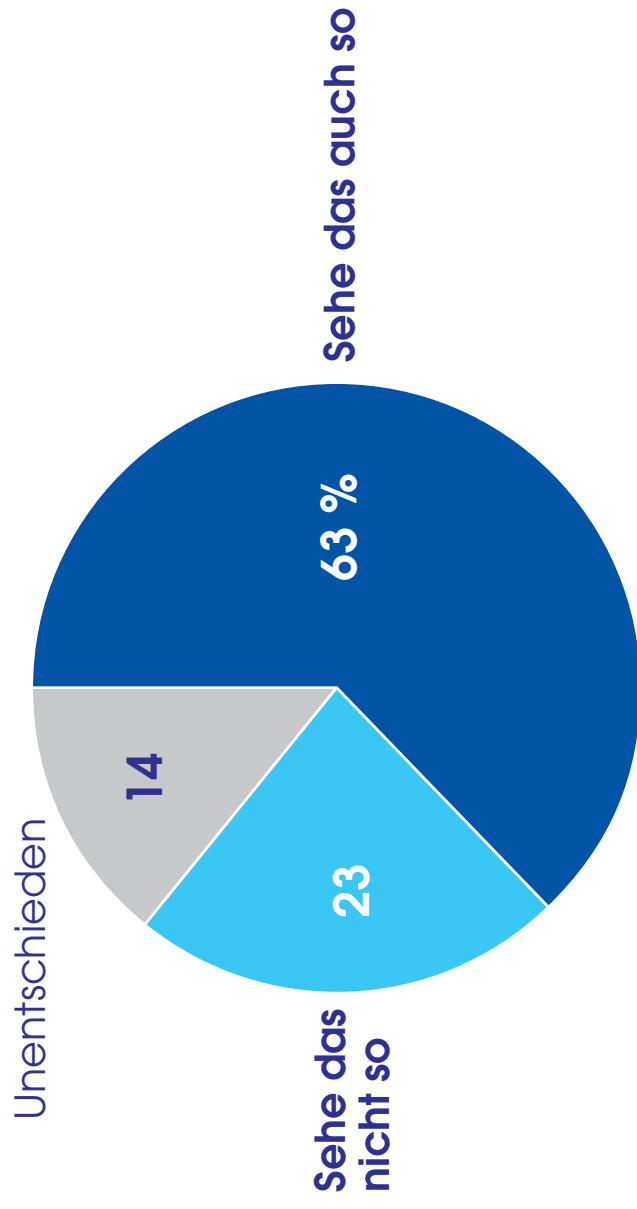
# Zu geringer Abstand zwischen Erwerbseinkommen und staatlicher Unterstützung

Frage: "Glauben Sie, dass der Unterschied zwischen einem Arbeitseinkommen und der Höhe der staatlichen Unterstützung groß genug ist, damit man auch den Anreiz hat zu arbeiten, oder ist der Unterschied nicht groß genug?"



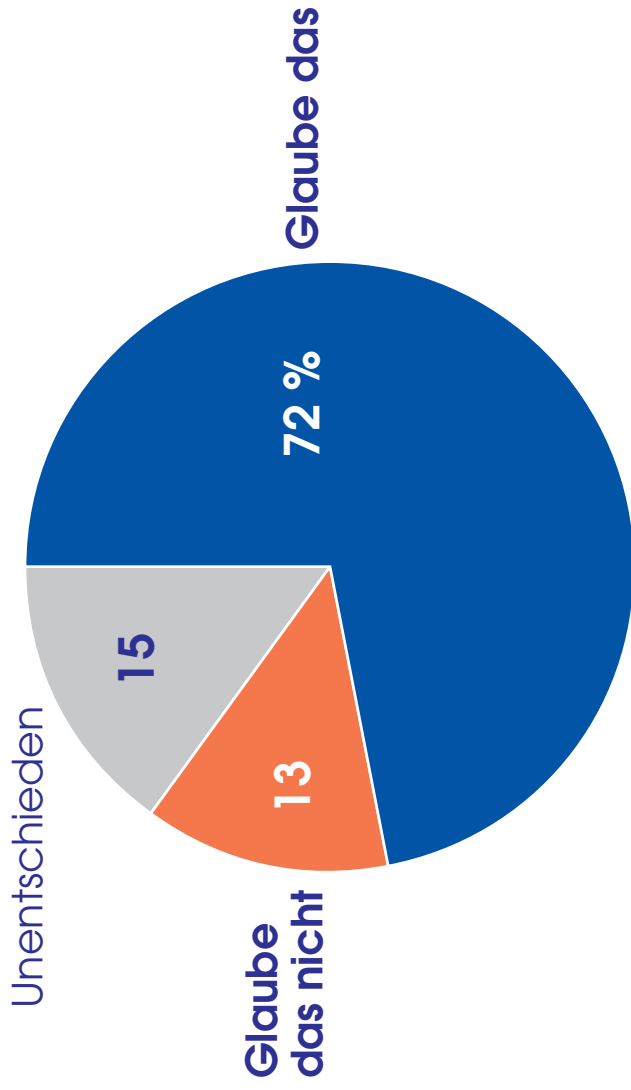
# Mehrheitsmeinung: Wenn Arbeitnehmer mit geringen Einkommen arbeiten, sind sie die Dummen

**"Bei dem, was man heute an staatlicher Unterstützung bekommt, sind Leute mit niedrigen Einkommen eigentlich blöd, wenn sie noch arbeiten gehen"**



# Demotivierendes Bürgergeld

Frage: "Glauben Sie, dass die derzeitige Höhe des Bürgergeldes dazu führt, dass viele Bürgergeld-Empfänger nicht arbeiten gehen, obwohl sie arbeiten könnten, oder glauben Sie das nicht?"

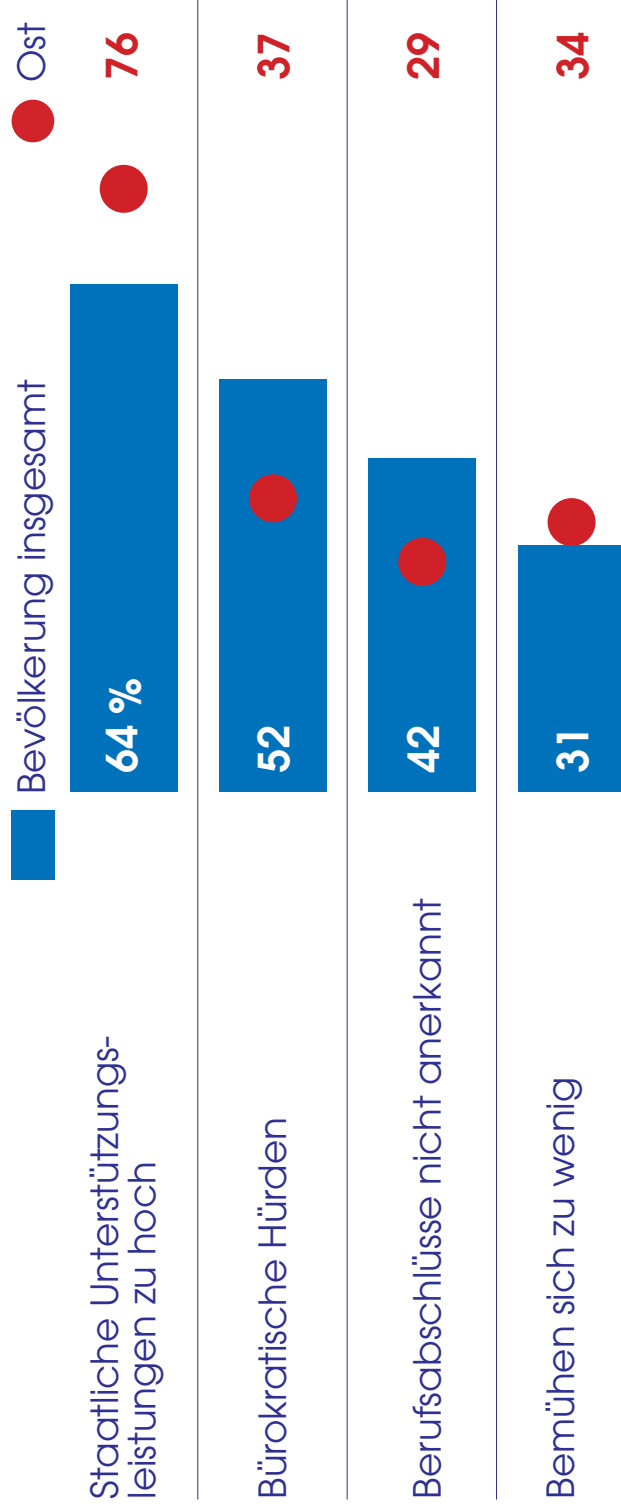


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12081



# Gründe für den geringen Anteil erwerbstätiger Ukrainer

Frage: "In Deutschland gehen weniger Flüchtlinge aus der Ukraine einer Arbeit nach als in anderen Ländern. Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Gründe dafür: Liegt es an den bürokratischen Hürden in Deutschland, daran, dass hier die ukrainischen Berufsabschlüsse nicht anerkannt werden, sind die staatlichen Unterstützungsleistungen in Deutschland zu hoch, bemühen sich die ukrainischen Flüchtlinge zu wenig um Arbeit, oder woran liegt das sonst?"



Veröffentlichung in der  
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 21  
vom 25. Januar 2024, S. 8, unter dem Titel:

"Die demotivierte Gesellschaft. Eine Mehrheit glaubt,  
hohe Sozialleistungen schaden der  
Leistungsbereitschaft."